



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 26.03.2007

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 14 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder

Herr Stadtrat Abele	ab TOP 2
Herr Stadtrat Aßfalg	bis TOP 7
Herr Stadtrat Braig	
Herr Stadtrat Brenner	
Frau Stadträtin Brunner	
Frau Stadträtin Buttschardt	
Herr Stadtrat Dr. Compter	
Herr Stadtrat Deeng	
Frau Stadträtin Drews	
Herr Stadtrat Dullenkopf	
Herr Stadtrat Etzinger	
Herr Stadtrat Funk	
Herr Stadtrat Garlin	
Herr Stadtrat Gehring	
Frau Stadträtin Goeth	
Herr Stadtrat Hagel	
Herr Stadtrat Herzhauser	
Frau Stadträtin Kapfer	bis TOP 4
Herr Stadtrat Keil	
Herr Stadtrat Kolesch	ab TOP 2
Frau Stadträtin Kübler	
Herr Stadtrat Lemli	
Herr Stadtrat Pfender	
Herr Stadtrat Späh	
Herr Stadtrat Weber	ab TOP 3
Herr Stadtrat Wiest	
Herr Stadtrat Zügel	

Verwaltung

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	bis TOP 5
Herr Kulturdezernent Dr. Biege	
Frau von Borstel, Gaisental-Grundschule	bis TOP 2, zeitw.
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Dempel, Stadtwerke Biberach GmbH	bis TOP 4
Frau Fischer, Dollinger Realschule	
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt	ab TOP 2
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Frau Dr. Moll, Gaisental-Grundschule	bis TOP 2, zeitw.
Herr Bürgermeister Ogertschnig	
Herr Pfab, Dollinger Realschule	
Herr Reiser, Hochbauamt	bis TOP 7
Herr Schuhmacher, Hochbauamt	ab TOP 2
Frau Voss, Stadtmarketing	bis TOP 4
Herr Wamsler, Ordnungsamt	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

entschuldigt

Frau Stadträtin Förg
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Rieger
Frau Stadträtin Vollmer

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Vorstellung pädagogischer Konzepte - Antrag der SPD-Fraktion vom 04.10.06	55/2007
3.	Bericht der Projektgruppe über Ersatzangebote Parkraum und Pendelbusse während der Schließung und Umbauphase der Tiefgarage Stadthalle	52/2007 + 52/2007-1
4.	Ausweitung der Öffnungszeiten des Parkhauses Ulmer Tor auf durchgehend 24 Stunden an allen Tagen	54/2007
5.	Umgestaltung des Holzmarktes und westlichen Marktplatzes	50/2007 + 50/2007-1
6.	Geplantes Wohngebiet "Talfeld"	41/2007 + 41/2007-1
7.	Neubau WG-Turnhalle	49/2007
8.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Weißdornweg" (vormals "Tannenstraße-Nord") a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung b) Billigung des Regelwerkentwurfes	46/2007 + 46/2007-1
9.	Verschiedenes	
9.1.	Verschiedenes: Gaspreise	
9.2.	Verschiedenes: Altstadtsatzung	
9.3.	Verschiedenes: Bebauungsplan „Weißdornweg“	
9.4.	Verschiedenes: Bauplatzveräußerung Jordanbergweg 8	

Die Mitglieder wurden am 15.03.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 22.03.07 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Herr Maier hat eine Frage an die e.wa riss GmbH. Er möchte wissen, wie erreicht werden könnte, dass Strom und Gas günstiger angeboten würden.

OB Fettback antwortet, das Thema Energiepreise sei in den Medien präsent. Die e.wa riss GmbH sei jedoch ein eigenständiges Unternehmen und versuche, ihre Preise günstig anzubieten. Beispielsweise habe man beschlossen, die Gaspreise zu senken. Preiserhöhungen würden definitiv nicht 1:1 weitergegeben. Die Energieversorgungsunternehmen seien durch das geforderte Unbundling stark unter Druck.

Herr Maier spricht noch die Umgestaltung des Holzmarktes ab und meint, es komme zu verschiedenen Engstellen, beispielsweise bei der Ausfahrt Holzmarkt/Schulstraße. Ferner bittet er darzulegen, was es bedeute, wenn erklärt werde, die Bushaltestelle werde analog ausgebildet. Dann spricht er noch die Situation von Radfahrern auf dem westlichen Marktplatz und dem Holzmarkt an und meint, die Ausfahrt von der Theaterstraße Richtung Riedlinger Straße sei katastrophal und gefährlich für Radfahrer.

BM Ogertschnig erwidert, Biberach sei eine Radfahrer freundliche Stadt. Er bestätigt, dass Radler am Holzmarkt zum Teil in Konkurrenz zu Pkws stünden. Man versuche dies durch die Umgestaltung zu reduzieren und wolle den Pkw weniger Fläche zur Verfügung stellen, damit sie vorsichtiger fahren müssten. Beim Ausgang von der Karpfengasse beziehungsweise Schulstraße sei keine Veränderung geplant, die Abwicklung funktioniere aber jetzt schon problemlos und werde nach der Umgestaltung noch leichter. Busbenutzer bremsen den Autoverkehr etwas und insgesamt habe man ein ausgewogenes Verhältnis.

Für die westliche Innenstadt müsse man noch das Radwegekonzept entwickeln, wobei man für den Sommer eine Zielkonzeption avisieren.

Herr Maier erkundigt sich weiter nach der Entwicklung des Neubaus des Bürgerheims, worauf EBM Wersch wissen lässt, es existiere ein klares Konzept, für das die rechtlichen Rahmenbedingungen geprüft würden. Er rechne noch vor der Sommerpause mit Ergebnissen. Baubeginn werde frühestens im Herbst 2008 beziehungsweise im Frühjahr 2009 sein.

Zur Frage Herrn Maiers, ob öffentliche Einrichtungen wie die Tiefgarage Stadthalle regelmäßig auf ihren Zustand geprüft würden erwidert EBM Wersch, man habe einen Eigenbetrieb Wohnwirtschaft gegründet, der einen 10-Jahres-Plan aufstelle, so dass man organisatorisch auf gutem Weg sei.

OB Fettback fügt an, die Tiefgarage Stadthalle sei eine öffentliche Einrichtung und nach dem damaligen Stand der Technik erstellt worden. Die Sanierung Anfang der 90er Jahre sei fehlerhaft gewesen. Der neu abgeschlossene Vertrag stelle einen Bestand für 40 Jahre in Aussicht bei gleichzeitiger Verpflichtung zu regelmäßigen Kontrollen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 55/2007 zur Information vor.

Die Direktoren von Pflugschule und Gaisental-Grundschule sind zur Sitzung erschienen und stellen ihre Konzepte vor.

OB Fettback lässt wissen. Herr Krug, Rektor der Pflugschule, habe sich entschuldigt, da er einen wichtigen Termin in seiner Funktion als Kreisrat wahrnehmen müsse, weshalb man das pädagogische Konzept der Pflugschule später vorstellen werde. Allgemein habe man die Bedeutung von Bildung und Betreuung erkannt und der Gemeinderat lasse dieser Erkenntnis Taten folgen.

Anschließend stellen Frau von Borstel und Frau Dr. Moll das pädagogische Konzept der Gaisental-Grundschule anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Frau von Borstel stellt zunächst die Schule vor, die sie als größte Grundschule Biberachs bezeichnet. Sie sei dreizügig aufgebaut. Zu einem Viertel werde sie von Ausländern und Aussiedlerkindern besucht und man habe ein sehr großes Einzugsgebiet. Die Abwanderung an das Bischof-Sproll-Bildungszentrum bereite etwas Sorge. Das pädagogische Konzept ruhe auf drei Säulen, dem Trainingsprogramm „Faustlos“, computerunterstütztem Lernen sowie der Sprach- und Leseförderung. Zur Schulentwicklung denke man an eine offene Ganztagschule. Mit Vorarbeiten habe man im November 2005 bereits begonnen. Dabei habe man die Problemlagen erarbeitet und die drei Säulen weiter konkretisiert.

Anschließend erläutert Frau Dr. Moll das Konzept der offenen Ganztagschule. Man wolle von Montag bis Donnerstag ein durchgängiges Betreuungsangebot mit Mittagstisch, Lernangeboten und Freizeitangeboten zur Verfügung stellen. Offen bedeute, dass die Teilnahme der freien Entscheidung der Eltern unterliege, zu welchen Tagen und Zeiten und zu welchen Modulen sie ihre Kinder anmeldeten. Dabei müssten sie sich für ein halbes Jahr festlegen. Ziel sei eine ganzheitliche Bildung für alle, also unter anderem künstlerisches, handwerkliches Arbeiten und mehr Sportangebote. Dort könnten vor allem Kinder mit Sprachproblemen ihre Stärken besser einbringen. Die Einübung sozialen Verhaltens und die Werteerziehung gehörten ebenso dazu. Mit einem größeren Zeitrahmen könne man ein breiteres Angebot bieten, habe damit auch Zeit für Kinder mit höheren Ansprüchen. Die Zusammenarbeit mit Kindergärten erfolge bereits jetzt und könnte in einer Ganztagschule verstärkt werden. Eine Ganztagschule bedeutete eine Stärkung der Schule in Stadtteilen, die dann beispielsweise auch an Stadtteilfesten teilnehmen könnte. Die Ziele seien breit gefächert und man habe im Kollegium Arbeitsschwerpunkte entwickelt. Diese sind in Ziffer 4 der Vorlage zum Gaisental-Schulkonzept festgehalten.

Frau von Borstel lässt wissen, es bestehe ein einstimmiger Kollegiumsbeschluss für die Ganztagschule. Zur Anerkennung müsse man bestimmte Voraussetzungen erfüllen, beispielsweise einen hohen Anteil Ausländer- und Aussiedlerkinder haben und müsse den Unterricht rhythmisieren. Da man jedoch nicht alle baulichen Voraussetzungen erfülle, bekomme man nicht den Zuschlag. Herr Mäder habe jedoch zugesagt, dass man an zwei Tagen ein offenes Ganztagesmodell anbieten könne, weshalb Teile des Unterrichts neu gestaltet werden müssten.

Frau Dr. Moll lässt noch wissen, man habe eine Elternumfrage durchgeführt, wobei rund 38 Familien Interesse am Mittagstisch erklärt hätten, und über 50 mal werde das Angebot für Lernen und Arbeiten nachgefragt.

Frau von Borstel trägt vor, als nächste Schritte seien Gespräche mit der Stadt zum Vorantreiben der baulichen Pläne vorgesehen. Man hoffe, spätestens in vier Jahren die Möglichkeit für ein Ganztagsangebot an vier Tagen zu erhalten und dann die baulichen Voraussetzungen hierfür zu haben. Man habe es nie bereut, den Weg beschritten zu haben, auch wenn er sehr zeitintensiv sei.

Es wird applaudiert.

OB Fettback gibt zu verstehen, der Erlass beziehe sich nicht auf die Lehrerversorgung. Die pädagogischen Konzepte müssten aus der Schule kommen. Dann würden sie über das Regierungspräsidium in Tübingen an das Kultusministerium zur Genehmigung geleitet.

StR Dullenkopf bedankt sich für die generellen Aussagen und für das Bemühen der Schulen, die Schüler mehr in den Mittelpunkt zu stellen. Man könne Veränderungen feststellen, auch wenn diese langsam erfolgten. Die CDU-Fraktion wolle eigentlich zum momentanen Zeitpunkt keine Diskussion zum Thema, da man zu wenige Kenntnisse habe. Die Diskussion solle dann erfolgen, wenn die übergeordneten Behörden die Konzepte beurteilt hätten und alles etwas konkreter sei. Daher interessiere, was in welchen Schritten umgesetzt werden solle. Grundsätzlich fände er es besser, man benötigte keine Ganztagschule, die gesellschaftliche Entwicklung erfordere dies jedoch. Ein offenes Angebot finde er in Ordnung, wobei er sich nicht vorstellen könne, wie diejenigen, die keine Ganztagschule besuchen wollten, vom Nachmittagsunterricht verschont würden.

StRin Kübler dankt namens der SDP-Fraktion für die Informationen. Der Antrag der SPD-Fraktion basiere auf der ursprünglichen Vorstellung, vor den Haushaltsplanberatungen entsprechende Informationen zu erhalten, um gegebenenfalls finanzielle Mittel bereitstellen zu können. Denn die SPD-Fraktion wünsche eine zügige Umsetzung der Ganztagschule für gerechte Bildungschancen. Man habe sich von der Verwaltung überzeugen lassen, dass zunächst Voraussetzung die Genehmigung des Kultusministeriums sei. Es sei bedauerlich, dass die Ganztagschule für die Gaisental-Schule nicht genehmigt worden sei, obwohl sie keine anderen räumlichen Voraussetzungen habe als die Braith-Grundschule. Sie bittet noch die Umsetzung der Hausaufgabenbetreuung darzulegen und wer das Mittagessen liefere.

Frau von Borstel erwidert, die Umsetzung solle provisorisch in bestehenden Räumen erfolgen. Der Raum unter der Turnhalle sei für den Mittagstisch gedacht. Das Essen werde von der Mali-Schule angeliefert. Die Hausaufgabenbetreuung solle in den Klassenzimmern erfolgen.

StRin Goeth wirft verschiedene Fragen auf, ob beispielsweise die Kinder erreicht würden, die die Betreuung notwendig hätten, was die Sprachförderung betreffe. Sie fragt weiter, ob die veränderte Arbeitsweise, die erforderlich sei, von den Lehrern akzeptiert werde, wer die Betreuung der Kinder übernehme und ob man in Kontakt mit Vereinen stehe. Abschließend gibt sie zu verstehen, man erachte das gewünschte Raumprogramm als problematisch.

Frau Dr. Moll lässt wissen, laut einem Umfrageergebnis unter den Eltern sei das Interesse groß und habe auch viele ausländische Eltern angesprochen. Der gemeinsame Mittagstisch sei für alle

Gruppen interessant, vor allem für Kinder mit Aussiedlerhintergrund. Mit dem begrenzten Einstieg habe man die Chance, zu zeigen, dass die Ganztagschule funktioniere und könne Vorurteile abbauen. Die Lehrer könnten schrittweise in den neuen Rhythmus hineinwachsen.

Frau von Borstel fügt an, man habe über die bereits bestehenden Vereinsaktivitäten hinaus weitere Kontakte und stehe beispielsweise mit der Jugendkunstschule, Jugend Aktiv und anderen im Gespräch. Überdies habe man einen Antrag an die Bürgerstiftung für einen Zuschuss gestellt und den Zuschlag erhalten. Der Raumbedarf stelle ein Wunschpaket dar und man müsse dann sehen, was davon übrig bleibe.

StR Späh findet die Resonanz auf die Umfrage nicht sehr groß, zumal wage sei, wie viele Eltern das Angebot tatsächlich in Anspruch nähmen. Ihn interessiert, wie dieses Angebot mit den restlichen Schulangeboten kombiniert werden könne. Er wirft die Frage auf, ob die Bindung für nur ein halbes Jahr und an nur zwei Tagen große logistische Probleme mit sich bringe. Er bittet darzulegen, ob das Regierungspräsidium Aussagen zum erforderlichen Raumprogramm gemacht habe und wie groß der Personalumfang für die Betreuung sei. Ferner bittet er darzulegen, ob man konkrete Anfragen an Lehrbeauftragte gestellt habe und ob es bereits Zusagen von Jugendleitern und Vereinen für Angebote gebe. Diese hätten in der Regel eher spätnachmittags Zeit. Bei den genannten Ehrenamtlichen interessiere ihn, ob überwiegend an Eltern gedacht werde.

OB Fettback wirft ein, zum Raumprogramm müsse ein Entscheidungsfindungsprozess stattfinden. Es werde im großen und ganzen mitgetragen und wenn mehr gewünscht werde, sei dies nicht zuschussfeindlich. In einem nächsten Schritt erfolge die Aufbereitung mit den Schulen und dann werde der Gemeinderat eingebunden.

Frau von Borstel räumt ein, dass die Umfrageergebnisse nur wage seien und man genaues erst wisse, wenn das Angebot bestehe. Man spreche gezielt die Klassen 2 und 3 an. Bei einem guten Angebot könne man langfristig sicher von einer Sogwirkung ausgehen und auch mehr Schüler an die Schule binden. Eine gewisse Verbindlichkeit sei natürlich erforderlich. Wer sich nicht für die Ganztagschule entscheide, erfahre keine Änderungen und werde einmal in der Woche Nachmittagsunterricht haben. Fragen wie die Schulsozialarbeit und ähnliches habe man auf Eis gelegt, bis der Erlass genehmigt sei. Bei den Ehrenamtlichen wolle man versuchen, auch Eltern zu integrieren, um die Angebotsvielfalt zu erhöhen.

StR Braig meint, die Ganztagschule sei mittlerweile unstrittig und er sei froh, dass ein Provisorium versucht werde. Dieses werde vom Schulträger begleitet.

StRin Drews bezeichnet es als sehr positiv, dass eine zweite Bewegungspause vorgesehen sei. Es fehle nur noch das Zertifikat. Sie fragt, warum kein Zuschüsse aus dem Jugendbegleitermodell beantragt worden seien, worauf Frau von Borstel erwidert, der Zertifizierungsantrag sei in Arbeit und man habe es sich auch zum Ziel gesetzt, in das Jugendbegleitermodell aufgenommen zu werden.

Es wird applaudiert und Frau von Borstel und Frau Dr. Moll begeben sich wieder in die Zuschauerreihen.

Anschließend stellen Herr Pfab und Frau Fischer das Konzept der Dollinger-Realschule vor.

Herr Pfab schickt einige aktuelle Zahlen voraus und lässt unter anderem wissen, kein Schule habe mehr Schüler in den Klassenstufen 5 - 10. Es gebe nur wenige Schulen dieser Größe im Regierungsbezirk. Aktuell habe man 182 für die Klasse 5. Im Vorjahr seien es 151 und im Jahr 2005 125 gewesen. Dies sehe man als Bestätigung der geleisteten Arbeit. Ziel sei es, zwei Klassen als Ganztagszug zu führen, wobei man sich an Laupheim orientieren wolle. Von 125 Schülern hätten sich 25 interessiert gezeigt. Zielgruppe seien vor allem Alleinerziehende oder Kinder mit berufstätigen Eltern. Man wolle überdies ein zusätzliches pädagogisches Angebot und Eltern mit zu wenig Erziehungskompetenz unterstützen. Die Durchführung parallel zum normalen Schulbetrieb bezeichnet er als unproblematisch. Die bestehenden Kooperationen hätten sich bereiterklärt, ihr Angebot auszudehnen. Das Konzept sei im Februar 2006 im Lehrerkollegium entstanden und basiere auf drei Säulen. Man habe schon einiges ausprobiert. Die Umsetzung funktioniere nur im Team, also gemeinsam mit Elternbeirat, Schulkonferenz und Regierungspräsidium, das die Endfassung des Konzepts im September 2006 erhalten habe. Nach der Genehmigung wäre man eine Musterrealschule im Regierungsbezirk. Er wünsche sich, dass das Konzept alsbald realisiert werden könne. Mit dem Schulträger sei ein Beginn im August 2009 abgestimmt worden. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Ganztagschule könne man auch einige bauliche Maßnahmen umsetzen. Dabei sollten die Schulverantwortlichen frühest möglich in den Entscheidungsprozess einbezogen werden, wobei man bezüglich Raumgröße und Architektur klar überfordert sei.

Es wird applaudiert.

Auf Frage von StR Dullenkopf nach der Sozialarbeit und der Abwicklung des Mittagstischs lässt Herr Pfab wissen, ein Sozialarbeiter solle anteilmäßig an der Schule tätig sein. Dieser komme von Jugend Aktiv.

Frau Fischer lässt wissen, der Mittagstisch könnte vorübergehend über das evangelische Gemeindehaus erfolgen. Man stelle sich vor, eine Mensa zu errichten, wobei bereits erste Gespräche mit der Hochschule stattgefunden hätten, die ebenfalls eine Mensa benötige.

StRin Kübler führt aus, es sei immer wieder von Kooperationen die Rede. Vor zwei Jahren habe die SPD-Fraktion einen runden Tisch IZBB beantragt, um Vereine und Externe zusammenzubringen. Dieser Antrag sei gescheitert, da kein Bedarf gesehen worden sei. Man wolle aber auf jeden Fall ein „Windhund-Verfahren“ vermeiden.

Herr Pfab gibt zu verstehen, er würde einen derartigen Tisch begrüßen, wobei schon einige Kooperationen bestünden. Dennoch fände er es sinnvoll, wenn alle Schulen sich zusammensetzen und ihre Wünsche darlegen würden und die Vereine mitteilen könnten, was aus ihrer Sicht leistbar sei. Ohne Kooperationspartner funktioniere das Konzept der Dollinger-Realschule nicht. Man baue bewusst nicht auf Ehrenamtliche, da diese nachmittags oft keine Zeit hätten.

StRin Goeth findet es sehr interessant, mit zwei Zügen Ganztagschule anzubieten. Sie fragt, ob man sich ab Klasse 5 - 10 verpflichten müsse, oder ob eine Durchlässigkeit geplant sei.

Herr Pfab gibt zu verstehen, die Entscheidung solle jedes Schuljahr erfolgen. Er gehe eher davon aus, dass das Angebot bis Klasse 8 oder 9 angenommen werde.

StR Späh dankt für die Vorstellung und bezeichnet das Konzept als gut. Es sei ein kleiner Beginn, der wachsen könne. Er fragt, ob auch Räume der Hochschulen genutzt werden könnten und ob generell eine Erweiterung der Dollinger-Realschule erforderlich sei.

Herr Pfab lässt wissen, man habe den Antrag zur Genehmigung einer Ganztagschule am 10.11.06 gestellt, habe aber aufgrund der Ressourcen keine Bewilligung erhalten, wobei auch keine andere Realschule eine Zusage erhalten habe. Was die Räumlichkeiten betreffe sei es sein größter Wunsch, das, was einmal Dollinger-Realschule gewesen sei, wiederherzustellen. Dann hätte man einen Campus. Eine Zusammenarbeit mit der Hochschule sei im Bereich Mensa denkbar, jedoch keine Mensa auf der noch bestehenden Freifläche der Dollinger-Realschule.

OB Fettback wirft ein, man befinde sich mitten in einem Prozess und die Gespräche mit der Hochschule seien am laufen. Die Dollinger-Realschule sei besser als ihr Ruf.

Es wird applaudiert.

StR Braig bringt vor, man habe über 4 Mio. € in die Dollinger-Realschule in den letzten Jahren investiert. Er meint, man solle die Entwicklung abwarten.

Herr Pfab lässt auf Frage wissen, ein Drittel der Schüler erhielten eine Gymnasialempfehlung. Es sei keinesfalls so, dass „G8-Flüchtlinge“ an die Realschule kämen.

StR Keil meint, die Bedeutung der Realschulen habe zugenommen. Viele Schüler würden in die Nachhilfe gedrängt, was eine Kritik am Schulsystem bedeute. Er meint, im Konzept seien die Lernförderung etwas zu kurz gekommen und die Einbeziehung der Eltern.

Herr Pfab erwidert, Betreuung und Nachhilfe seien ressourcenabhängig und man biete das an, was im Rahmen des möglichen leistbar sei.

Es wird applaudiert.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 52/2007 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 12.03.07. Dessen Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 52/2007-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist. Als **Anlage 3** ist ein Antrag der FW/UB-Fraktion vom 21.03.07 angeschlossen.

OB Fettback stellt richtig, bei den Ausführungen zu TOP 11 handle es sich um keine Testphase, wie fälschlich in der Beschlussempfehlung des Bauausschusses stehe, wobei er alles mehr oder weniger als Test sehe, da man je nach Nachfrage reagieren müsse. Zum Antrag der FW/UB-Fraktion gibt er zu verstehen, Ziffer 2 greife man auf.

StR Kolesch äußert namens der CDU-Fraktion sehr zufrieden mit dem Ergebnis. Die Schließung der Tiefgarage sei für viele Unternehmen ein großes Problem. Es sei daher ein wichtiges Signal, dass man Ersatzangebote schaffe, was man mit der Vorlage guten Gewissens behaupten könne. Man habe alles getan, um die Parksituation zu verbessern. Man sei auch sehr zufrieden, dass es nicht bei der Aussage der Schwäbischen Zeitung vom 18.01.07 geblieben sei, in der formuliert worden sei, dass „mehr nicht möglich sei“. Strittig sei noch die zusätzliche Haltestelle auf dem Gigelberg, um sicherzustellen, dass jeder, der den Ersatzparkplatz anfähre, mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Stadt gelangen könne, auch sonst im normalen Halbstundentakt. Die CDU-Fraktion wolle diesen Versuch wagen. Man biete ÖPNV-Linien an, obwohl kaum eine Nachfrage bestehe. Wenn bis Weihnachten praktisch keine Nachfrage bestehen sollte, könne man über die Einstellung dieses zusätzlichen Angebotes nachdenken, auch wenn die Beschlusslage eine andere sei. Ferner wolle man den Fahrpreis bezuschussen und nur 50 Ct wie für den Marktshuttle verlangen. Erfreulich sei, dass der Hof der Dollinger-Realschule am Wochenende als Parkplatz zur Verfügung stehe, wofür man Rektor Pfab danke. Der Shuttle müsse am Samstag bis 14 Uhr fahren, da der Markt faktisch schon jetzt so lange dauere und auch Überlegungen auf eine offizielle Ausdehnung bestünden.

StR Keil gibt zu verstehen, die Angebote hätten insgesamt positiv überrascht. Die SPD-Fraktion spreche sich für Ziffer 1 des Antrags der Freien Wähler aus, da bereits der Markt-Shuttle angeboten werde und man beobachten könne, dass der Parksuchverkehr außer an Markttagen nicht so groß sei, dass die anderen Alternativangebote nicht ausreichten. Die Linie 2 habe schon jetzt einen sehr langen Umlauf auf dem Rückweg, so dass aus 6 Minuten leicht mehr werden könnten, je nach Verkehrsdichte. Auch die Bezuschussung erachte man als sehr problematisch, da dann ÖPNV-Angebote mit zweierlei Preisen bestünden. Es stelle sich die Frage der Gerechtigkeit. Die Umbauphase sei sicher mit dem Hinweis auf das Bemühen um Ersatzangebote überbrückbar.

StR Dr. Compter bezeichnet die vorgeschlagenen Lösungen als gut. Die Freien Wähler seien erfreut, dass der Shuttle auch am verkaufsoffenen Sonntag angeboten werde. Auch die Lösung für die Stadthallengastronomie sei ein guter Ansatz. Grundsätzlich sei die Buslinie auf dem Gigelberg bestechend, bei genauer Betrachtung spreche man sich jedoch dagegen aus. Die Argumente seien von StR Keil genannt worden, wobei vor allem der unterschiedliche Fahrpreis ungerecht wäre und ungewiss sei, ob das Angebot überhaupt angenommen würde, was nach den Erfahrungen mit dem Markt-Shuttle eher unwahrscheinlich sei.

StR Weber äußert sich namens der Grünen sehr zufrieden mit dem Verwaltungsvorschlag und signalisiert Zustimmung zum Antrag der Freien Wähler. Die Grünen seien gegen die Linie 2, vor allem wegen des Preisunterschieds. Überdies seien die Wege sehr kurz. Den Markt-Shuttle am Samstag bis 14 Uhr laufen zu lassen finde man positiv.

StR Funk meint, das Ergebnis könne sich sehen lassen und sei einer Gemeinschaftsarbeit zu verdanken. Damit habe man schon Vorarbeiten für die Sanierung der Tiefgarage Museum geleistet. Er kritisiert jedoch die falsche Beratungsreihenfolge und meint, erst hätte der Gemeinderat erklären müssen, was er bereit sei auszugeben, dann hätte man die Stadtwerke hierüber informieren und anschließend im Gemeinderat entscheiden müssen. Er fragt, was der probeweise Einsatz der Linie für den Fahrplan bedeute. Bezüglich des Fahrpreises schließe man sich der Argumentation der CDU-Fraktion an, denn je teurer das Angebot sei, desto weniger werde es genutzt. Man müsse die Nutzer dieser Linie gleichstellen mit denen, die das Parkhaus nutzten und die erste Stunde kostenfrei hätten.

OB Fettback wirft ein, die Kosten trage die Stadt gegenüber den Stadtwerken. Was die Umsetzung der Linie 2 betreffe, könne man sich ein Sonderticket und eine eigene Bewerbung vorstellen.

Herr Dempel lässt wissen, der Fahrplan müsse an den Bushaltestellen geändert werden. Werde das Angebot eingestellt, könne man gegebenenfalls den alten wieder aufhängen. Zusätzlich müssten die Linienfaltheftedrucke neu gedruckt werden.

StR Zügel meint, eine zusätzliche Buslinie bedeutete einen Aufwand für die Kommunikation, die Werbung und anderes. Nach Meinung der Freien Wähler überwiegen die Nachteile, weshalb man sich gegen dieses Angebot ausspreche. Werde die Buslinie eingerichtet, sei jedoch ein günstigerer Preis zu überlegen, da dies den Ausnahmecharakter der Situation unterstreichen würde.

StRin Goeth meint, aus dem Parkleitsystem könne man ablesen, wo freie Plätze bestünden und derzeit bestehe nur an Markttagen ein Bedarf, für den der Shuttle als Ersatzangebot vorgesehen sei. Daher sei kein weiterer Ersatzbedarf.

StR Kolesch wirbt für die Buslinie 2, die den Charme habe, dass eine bestehende Linie kaum geändert werden müsste und nur ganz wenige Umstellungen erforderlich wären. Unfriedene aufgrund Gebühren und Ungerechtigkeit könne er sich nicht vorstellen. Es sei auch jetzt schon ungerade, dass manche Gebiete nicht mit dem Bus angefahren würden und in manchen Gebieten viele Leerfahrten stattfänden. Die meisten Dauerfahrer hätten im übrigen Mehrfachkarten. Wenn die Linie eingerichtet sei und durch zusätzliche Werbung bekannt gemacht werden solle, müsse man den Fahrpreis auch subventionieren. Dies wäre ein einmaliger Aufwand unabhängig von der Laufzeit.

OB Fettback sähe dies auch als Werbung für den ÖPNV generell oder als Zeichen an die Bürger.

StR Gehring hält entgegen, die Linie sei vor kurzem geändert worden, was für hohe Unzufriedenheit gesorgt habe. Es habe sehr viele negative Rückmeldungen von denjenigen gegeben, die die Linie regelmäßig nutzten. Eine Fahrzeitenänderung sei auch für die Anschlüsse an Züge problematisch.

StR Funk meint, 11.000 € seien zwar sehr viel Geld, aber angesichts der steigenden Auslastung der Parkhäuser verantwortbar. Werde das Angebot nicht angenommen, könne man es sich bei der Sanierung der Tiefgarage Museum sparen.

StR Keil fragt, ob konzessionsrechtlich unterschiedliche Gebühren möglich seien, was Herr Dempel bejaht, da es sich um eine Angebotsausweitung handle, wofür laut Herrn Schilling ein Sonderticket mit Sondertarifen eingerichtet werden könne.

Anschließend tritt der Gemeinderat in die Abstimmung.

Ziffer 1 des Antrags der UB/FW-Fraktion wird mit 15 Nein-Stimmen und 13 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Ziffer 2 dieses Antrags wird mit 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung (StRin Kapfer) **angenommen**.

Anschließend fasst der Gemeinderat bei 10 Enthaltungen (StRe Brunner, Buttschardt, Drews, Gehring, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Späh, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Folgende Ersatzangebote werden während der Schließung und Umbauphase der Tiefgarage Stadthalle eingeführt.

1. Markt-Shuttle (Sonderform des Linienverkehrs zur Personenbeförderung nach § 43 PBNeFG)

Der „Markt-Shuttle“ wird an Markttagen (Mittwoch, Samstag) von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr im 10-Minuten-Takt vom Gigelberg zum Marktplatz eingesetzt.

Die Verwaltung prüft, ob der Markt-Shuttle an Markttagen von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr (eine Stunde länger) eingesetzt werden kann, da sich die Marktzeiten des Wochenmarktes voraussichtlich auf 14.00 Uhr ausdehnen werden.

Zusätzlich wird er ganztägig (9.00 Uhr bis 18.00 Uhr) an den vier Jahrmarktstagen eingesetzt.

An den Samstagen des Christkindlesmarktes erfolgt ein verlängerter Einsatz bis 18.00 Uhr. Anlässlich des Musikfrühlings Biberach am 5. Mai 2007 erfolgt ein verlängerter Einsatz bis 16.00 Uhr.

Die Genehmigung des Sonderverkehrs „Markt-Shuttle“ bedarf eines Anhörungsverfahrens und wird über Herrn Schilling, Stadtwerke Biberach, beantragt. Der Markt-Shuttle wird für die Zeit vom 14. April 2007 bis 31. Dezember 2008, bzw. spätestens bis zur Wiedereröffnung der Tiefgarage Stadthalle beantragt.

Die Verwaltung erreicht eine Ausnahmegenehmigung für den Einsatz des Markt-Shuttles am verkaufsoffenen Sonntag. Der Markt-Shuttle wird dann zu den gleichen Tarifkonditionen eingesetzt wie an Markttagen.

2. Veranstaltungen in der Stadthalle – Pendelbus

Größere Veranstaltungen in der Stadthalle erfordern Einzellösungen, die je nach Bedarf in Absprache zwischen Kulturamt mit dem jeweiligen Veranstalter festgelegt werden. Geplant ist der Einsatz von Pendelbussen vom Parkplatz Gigelberg zur Bushaltestelle Theaterstraße, Buskapazität 55 Sitzplätze (Gelenkbus oder bei Bedarf 2 Busse), im 15-Minuten-Takt jeweils zwei Mal vor Beginn und nach Ende der Veranstaltung.

3. Der Gigelberg wird als Parkplatzangebot für die Innenstadt entsprechend beschildert und behandelt.

4. Parkhaus Behördenzentrum

Ab März steht das Parkhaus Behördenzentrum (P 6 Parkhaus Landratsamt) mit 160 Stellplätzen zur Verfügung. Es ist am Park-Leitsystem angeschlossen und wird ausgeschildert.

5. Auf dem Parkdeck Tiefgarage Stadthalle können während der Bauzeit 25 Plätze auf dem Parkdeck erhalten werden. Sie werden der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. (Bewirtschaftung durch Parkscheinautomat – Höchstparkdauer wie bisher).

6. Parkmöglichkeiten für Stadthallengastronomie

Die Parkfläche und Garagenplätze Tiefgarage beim ehemaligen Ritthaler-Haus werden als Exklusiv-Parkraum für die Restaurantgäste der Stadthallengastronomie angeboten.

7. Kurzzeitparkplätze

Entlang der Kapuzinerstraße werden 45 Parkplätze erschlossen. Bewirtschaftung über Parkscheinautomat. Höchstparkdauer 2 Std.

8. Dauerparker

Die Auslastung im Parkhaus Steigerlager wird geklärt und ggf. eine Betriebsführung vergleichbar dem Parkhaus Landratsamt angestrebt.

Es wird geprüft, ob Teile des Hofes des Baubetriebsamtes für Dauerparker zur Verfügung gestellt werden können.

9. Stellplätze für Hochschule Biberach

Die Flurstücke 284/9 und 11 (Karl-Müller-Str. 17) werden für zwei Jahre angemietet und als Stellplätze für die Hochschule bereitgestellt.

10. Bus-Linie über den Gigelberg ins Stadtzentrum als Park & Ride Verkehr

Auf dem Gigelberg wird eine weitere Haltestelle mit einer Fahrplanänderung der Buslinie 2 eingerichtet. Während des Schützenfestes ist diese Linienführung nicht möglich.

Es wird ein Sonderfahrchein von 50 Cent und die Übernahme des Differenzbetrages zum offiziellen Tarif (einfache Fahrt 1,35 € und 2,70 € für die Hin- und Rückfahrt) durch die Stadt genehmigt.

11. Information durch die Stadtwerke

Von den Stadtwerken wird eine Statistik der Auslastung der Parkhäuser und Tiefgaragen, die am Parkleitsystem angeschlossen sind, vorgelegt.

12. Kommunikation und Werbung

Sämtliche alternativen Parkvorschläge müssen ausreichend kommuniziert und beworben werden. (Transparente, Flyer, Plakate). Die Kosten hierfür sind im Einzelfall zu ermitteln.

13. Hof der Dollinger Realschule

Er steht außerhalb der Schulzeiten ebenfalls der Öffentlichkeit als Parkraum zur Verfügung.

**TOP 4 Ausweitung der Öffnungszeiten des Parkhauses Ulmer Tor auf
durchgehend 24 Stunden an allen Tagen**

54/2007

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 54/2007 zur Beschlussfassung vor.

Der Gemeinderat fasst ohne Aussprache einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Öffnungszeiten für das Parkhaus Ulmer Tor werden an die Öffnungszeiten der Tiefgaragen Stadthalle und Museum angeglichen, d.h. ab sofort ist an allen Tagen rund um die Uhr geöffnet.

Dem Gemeinderat liegt dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 50/2007 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 12.03.07. Die empfohlene Änderung ist in Drucksache Nr. 50/2007-1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

BM Ogertschnig geht kurz auf den Sachverhalt ein und bezeichnet die Entscheidung als Quantensprung für die Innenstadt.

Der Wegfall von 11 Stellplätzen sei ein kleiner Wehrmutstropfen. Man habe die Gestaltung des Parkstreifens auf dem westlichen Marktplatz von der Beschlussfassung ausgeschlossen und zuge sagt, eine Probfläche in hellem Granit auf dem Holzmarkt einzurichten, damit zur Beschlussfassung über die Werkplanung die Möglichkeit zur Begutachtung bestehe.

StR Kolesch bringt vor, man begrüße es außerordentlich, dass drei Haltestellen für den Bus vorgesehen seien, wofür man bereit sei, auf 5 - 6 Stellplätze zu verzichten. Ebenfalls sei man zur Einrichtung des Kassler Hochbords bereit, wenn dies auch einen kleinen Nachteil für die barrierefreie Nutzung durch Fußgänger, aber einen Vorteil für die barrierefreie Nutzung des ÖPNV darstelle. Den Zeitplan müsse man überdenken. Eine Umsetzung im Anschluss an die Sanierung der Tiefgarage Stadthalle könne nur dann erfolgen, wenn nicht gleichzeitig die Tiefgarage Museum saniert werde. Dies müsse in den Beschlussantrag aufgenommen und dieser unter die Voraussetzung gestellt werden, dass nicht die Tiefgarage Museum saniert werde. Zur Bachöffnung habe die CDU-Fraktion einen Abänderungsantrag gestellt. Alle in der CDU-Fraktion seien Befürworter der Bachöffnung aber auch überzeugt, dass weitaus höhere Kosten entstünden. Man bitte die Verwaltung zu prüfen, ob nicht neben der Bachöffnung einige Stellplätze möglich seien, zumindest ein Behindertenstellplatz vor der Allmann'schen Apotheke. Dankbar sei man für die Zusage der Verwaltung, einen anderen Belag zu prüfen, wobei man um unvoreingenommene Prüfung bitte. Abschließend dankt er allen Gruppen, die sich am bisherigen Verfahren beteiligt hätten.

StR Keil meint, man müsse dankbar sein für einen derart guten demokratischen Prozess und man denke, dass mehrheitlich eine gute Lösung gefunden worden sei.

StR Dr. Compter bezeichnet als Ziele der Umgestaltung die optische Aufwertung und gestalterische Vereinheitlichung mit dem östlichen Marktplatz und die Schaffung einer Wohlfühlatmosphäre. Die Kassler Kante als barrierefreier Zugang zum ÖPNV sei daher ebenso unstrittig wie die Verbreiterung der Fußgängerwege und ähnliches mehr. Stellplätze seien für die Lebendigkeit der Innenstadt wichtig, die Wirkung entfallender Stellplätze nicht zu unterschätzen. Hier könne man es aber leichter verschmerzen, da sich die Tiefgarage Stadthalle in unmittelbarer Nähe befinde. Mit der Umgestaltung ergebe sich eine deutliche optische Aufwertung des Eingangsbereichs, wenn man von Westen in die Innenstadt komme. Es würden Maßnahmen auf den Weg gebracht, die zumindest für die nächsten 50 Jahre Bestand haben sollten. Die UB-Fraktion bevorzuge Variante 1. Laut bisherigen Aussagen sei die Sanierung der Tiefgarage etagenweise möglich und man sehe auch wegen der größeren Entfernung keine Notwendigkeit, über den CDU-Antrag nachzudenken.

StR Weber signalisiert die Zustimmung der Grünen und spricht sich für eine abgestufte Bachöffnung aus.

StR Braig gibt zu verstehen, die FDP sei für die Umgestaltung des westlichen Marktplatzes und die Zusammenführung von östlichem und westlichem Marktplatz. Probleme habe man jedoch mit dem Holzmarkt, wenn der gleiche Belag wie auf dem Marktplatz verwendet werden solle, da dies zu Verunreinigungen führe. Problematisch sei ferner die Fahrbahnversmälnerung, aufgrund derer nur zwei Pkw sich begegnen könnten. Er befürchte, dass es zur Schließung der Abbiegemöglichkeit von der Karpfengasse komme. Er übermittelt den Eindruck, dass nur wenige von auswärts in der Innenstadt einkauften. Er erinnert an seinen Prüfauftrag zur Bachöffnung im Bauausschuss, der sich auf die Fließgeschwindigkeit beziehe und noch nicht beantwortet sei. Abschließend stellt er fest, die FDP-Fraktion sei gegen Ziffern 1 und 4 und bitte um getrennte Abstimmung.

Sodann tritt der Gemeinderat in die Abstimmung.

Der **Abänderungsantrag der CDU-Fraktion** zu Ziffer 3 wird mit 14 Ja-Stimmen (StRe Abele, Aßfalg, Braig, Brenner, Deeng, Dullenkopf, Etzinger, Funk, Garlin, Hagel, Herzhauser, Kolesch, Pfender, Wiest) und 13 Nein-Stimmen **angenommen**.

Ziffer 1 der Vorlage wird mit 2 Nein-Stimmen (StR Braig, Funk), 5 Enthaltungen und restlichen Ja-Stimmen **angenommen**.

Die Ziffer 3 wird in der modifizierten Form einstimmig **angenommen** und **Ziffer 4** bei 2 Nein-Stimmen (StR Braig, Funk) **beschlossen**.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Die Variante 1 der Entwurfsplanung des Büros Hochrein und Lohrer mit Stand vom Februar 2007 wird der weiteren Ausführungsplanung zu Grunde gelegt (s. Pläne in Anlage zu Drucksache Nr. 50/2007).**
- 2. In der mittelfristigen Finanzplanung werden die notwendigen Mittel zur Planung und Realisierung der Maßnahme „Holzmarkt“ für 2008/09 vorgesehen.**
- 3. In der mittelfristigen Finanzplanung werden die notwendigen Mittel zur Planung und Realisierung der Maßnahme „westlicher Marktplatz“ für 2009/10 vorgesehen
Die Umsetzung erfolgt nur unter der Voraussetzung zu diesem Zeitpunkt, dass nicht zeitgleich die Tiefgarage Museum saniert wird.**
- 4. Das Büro Hochrein und Lohrer wird mit der Ausarbeitung der Ausführungsplanung und Vorbereitung der Vergabe (HOAI Leistungsphasen 5 und 6) beauftragt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 41/2007 zur Beratung vor. Die Vorberatung erfolgte im Bauausschuss am 11.03.07 und dessen Beschlussempfehlung ist in Drucksache Nr. 41/2007 - 1 festgehalten, die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist.

StR Kolesch meint, durch die Veränderungen erreiche man mehr Flexibilität. Die Verwaltung habe sich nicht zum Umgang mit dem Bereich C geäußert. Man bitte, im Bereich B 2 aber auch Varianten zuzulassen. Man habe zum Ausdruck gebracht, dass dreigeschossige Bebauung als Obergrenze gedacht sei und die Verwaltung sich in zwei bis drei Bereichen mehr vorstellen könne. Im Rahmen der Immobilienmesse habe eine Frau auf Nachfrage mitgeteilt bekommen, dass Überlegungen bestünden, im Bereich Richtung Bergerhausen eine fünf- bis sechsgeschossige Bebauung zu realisieren. Im Bauausschuss sei dies jedoch anders artikuliert worden.

StRin Kübler meint, man habe die Dimensionen der Bebauung mehrfach besprochen. Mehrgeschossigkeit sei eine Frage des bezahlbaren Wohnraums und man müsse bedenken, dass die Hochschule ihre Studentenzahl mehr als verdoppeln wolle. Daher müsse man frühzeitig über ein intelligentes Verkehrssystem vor allem Richtung Stadtmitte nachdenken, da die Bergerhauser Straße schon heute enormen Belastungen ausgesetzt seien.

StR Dr. Compter hält fest, in der Ergänzungsvorlage sei festgehalten, was unter qualifizierten Architektenentwürfen zu verstehen sei, die Bauherren Gestaltungsmöglichkeiten eröffneten und durch entsprechende Vorgaben eine gewisse Einheitlichkeit gewährleisteten.

StR Weber bezeichnet verdichtete Bebauung in den Bereichen A und B als richtig.

Herr Kuhlmann stellt klar, im Bebauungsplan existierten zwei Punkte, an denen man sich eine höhere Bebauung vorstellen könne, wie dies im Bauausschuss dargestellt worden sei. Im Rahmen des Billigungsbeschlusses könne man über die Höhe diskutieren und diese fixieren.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Für den im Lageplan des Stadtplanungsamtes, Plan-Nr. 07-007 vom 21.02.2007 bandiert umrandeten Bereich wird der Bebauungsplan „Talfeld“ gemäß § 2 BauGB aufgestellt.

Der Gestaltungsbereich B wie folgt modifiziert und gegliedert:

Gestaltungsbereich B1

Die Vergabe der Grundstücke entlang der Haupteerschließung und südlich der Mettenberger Straße soll auf der Grundlage qualifizierter Architektenentwürfe erfolgen. Diesem Bereich kommt als städtebauliches Rückgrat des Gebietes und Einfahrtbereich in die Stadt eine besondere Bedeutung zu, die eine entsprechende Gestaltqualität verlangt.

Entlang der Haupteerschließung ist eine zwingend 3-geschossige Bebauung vorgesehen. Die 3-Geschossigkeit kann sich auch nur auf einen Teil eines Gebäudes erstrecken (z. B. Staffelgeschoss).

Gestaltbereich B2

Für die zukünftige Bebauung südlich der Wohnsammelstraßen sollen im Bebauungsplan folgende Regelungen getroffen werden: Zulässig sind freistehende zweigeschossige Einfamilienhäuser, Doppel- und Reihenhäuser sowie Mehrfamilienhäuser mit flachgeneigten Dächern. Es wird eine Traufhöhe und Dachneigung festgesetzt. Auf diese Weise kann erreicht werden, dass südlich entlang der Wohnsammelstraßen ebenfalls eine bauliche Kante entsteht, die den Straßenraum fasst.

Die Grundstücke östlich entlang des Grünzugs in den Baufeldern A3 und A4 werden dem Bereich C (gelb) zugeordnet, d. h. hier ist individuelles Bauen im Kontext mit dem Thema des jeweiligen Moduls möglich.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 49/2007 zur Beschlussfassung vor.

StR Braig fragt, was mit dem Büro Sonntag in München sei, worauf BM Ogertschnig zu verstehen gibt, dies habe man im Bauausschuss beantwortet. Es ergebe sich keine Änderung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die bestehende WG-Halle wird abgebrochen und durch einen Neubau in der Variante C 1-geschossig ersetzt.**
- 2. Dem als Anlage 1 zu Drucksache Nr. 49/2007 beigefügten Raumprogramm des Neubaus der WG - Turnhalle in der Variante C wird zugestimmt.**
- 3. Die Planungsaufträge werden an folgende Büros vergeben:**

Gebäudeplanung	Büro Mann & Partner, Laupheim/München
Tragwerksplanung	Büro Kessler und Hurrle, Biberach
Elektroplanung	Büro Conplaning, Ulm
Haustechnische Planung	Büro Fischer, Biberach
Thermische Bauphysik	Büro Müller BBM GmbH, Planegg
Brandschutz	Büro Sonntag, München
Vermessung	Büro Ender, Biberach

- 4. Die o. g. Planungs- und Ingenieurleistungen werden in einem ersten Abschnitt in den Leistungsphasen 1 - 4 (Genehmigungsplanung) beauftragt.**

**TOP 8 Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Weißdornweg"
(vormals "Tannenstraße-Nord")
a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung
b) Billigung des Regelwerkentwurfes**

**46/2007 +
46/2007-1**

Dem Gemeinderat liegen die Drucksachen Nrn. 46/2006 und 46/2007-1 zur Beratung vor.

StR Herzhauser führt aus, man erachte den Quadratmeterpreis als etwas zu hoch. Die CDU-Fraktion wolle die Traufhöhe Richtung Biberach auf 4,5 m erweitern, um den Bauherren bessere Ausbaumöglichkeiten des Dachgeschosses zu ermöglichen. Eine sinnvolle Belichtung sei auch bei höheren Dachfenstern gegeben und nicht jeder wolle eine Gaube einbauen. Man solle den Architekten sinnvolle Gestaltungsvarianten überlassen. Richtung Halde wünsche man liberalere Festsetzungen. Bezüglich der Stellplätze wolle man für die Teilorte zwei Stellplätze je Wohneinheit vorschreiben. Er fragt noch, was mit den Anschlüssen von Kabel BW und DSL sei.

OB Fettback führt aus, viele der genannten Punkte hätten nichts mit dem Bebauungsplan zu tun. Beispielsweise die Festsetzung der erforderlichen Stellplätze. Wenn im Rahmen eines Bauantrags zwei Stellplätze ausgewiesen seien, würden hierfür keine Gebühren fällig.

Herr Kuhlmann stellt klar, man habe den Änderungswunsch bezüglich der Traufkante berücksichtigen. Es sei ein- oder zweigeschossige Bebauung möglich.

StRin Buttschardt dankt für die Ergänzungsvorlage. Man wünsche keine Sonderkonditionen für Rißegg trotz der verständlichen Bauherrenwünsche und wolle 4 m Geschosshöhe belassen.

StR Abele hält entgegen, ob 4 oder 4,5 m Geschosshöhe mache für das Stadtbild keinen Unterschied, da dies für Normalbürger nicht wahrnehmbar sei. Dennoch sei die Traufhöhe eine entscheidende Frage, da heutzutage auf relativ kleinen Grundstücken gebaut werde, was im Sinne der Flächenschonung richtig sei. Dann müsse man den Bauherren aber auch ermöglichen, Flächen im Obergeschoss zu schaffen, die besser genutzt werden könnten. Dies habe nichts mit einer Gleichbehandlung der Bauherren des Baugebiets „Im Winkel“ zu tun, da dort größere Planquadrate für eine variable Geschosshöhe vorgesehen seien. Er **beantragt**, die Traufhöhe auf 4,5 m festzusetzen und zwei Stellplätze je Wohneinheit in den Ortsteilen zu fixieren, um Probleme zu vermeiden.

StR Hagel fügt an, Bauherren zahlten hohe Grundstückspreise und die Flächen optimal nutzen, weshalb die Ausnutzung des Obergeschosses entscheidend sei.

StR Keil hält entgegen, das Wahrnehmungsvermögen sei durchaus unterschiedlich und er nehme eine unterschiedliche Traufhöhe wahr. Eine einheitliche Traufhöhe bezeichnet er als hohes architektonisches Gut und jede andere Entscheidung als gestalterisch leichtfertig.

BM Ogertschnig meint, es wären verunstaltete Gebäude zu befürchten. Dann solle lieber zweigeschossige Bebauung ermöglicht werden, was sympathischer und günstiger wäre.

StR Braig meint, man müsse den Bauherren ermöglichen, so zu bauen, wie sie es wüssten.

OB Fettback **beantragt**, aufgrund der Unstimmigkeiten das Thema zurück an den Bauausschuss zu verweisen.

Der **Zurückverweisungsantrag** wird mit 16 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung (StR Etzinger) **angenommen**.

Damit ist das Thema an den Bauausschuss zurückverwiesen.

TOP 9.1 Verschiedenes: Gaspreise

StR Funk spricht die geplante Gaspreissenkung an und bittet, Gaspreise nicht im Mai zu senken und im Sommer wieder anzuheben.

TOP 9.2 Verschiedenes: Altstadtsatzung

StR Funk spricht den Antrag der UB/FW-Fraktion vom 07.08.06 zur Altstadtsatzung an und erkundigt sich nach dem Verfahrensstand.

BM Ogertschnig lässt wissen, der Antrag sei in Bearbeitung und werde noch im Jahr 2007 behandelt.

TOP 9.3 Verschiedenes: Bebauungsplan „Weißdornweg“

StR Abele spricht die vorherige Beratung zum Bebauungsplan Weißdornweg an. Man habe das Thema im Bauausschuss beraten und weitere Informationen eingefordert, die man erhalten. Es sei daher ein normaler Vorgang, wenn man zum Gemeinderat abweichende Anträge stelle, wenn ein Sachverhalt im Bauausschuss nicht abschließend klar gewesen sei. Die CDU-Fraktion habe gegen den Vertagungsantrag gestimmt, da für sie das Thema entscheidungsreif sei.

TOP 9.4 Verschiedenes: Bauplatzveräußerung Jordanbergweg 8

StR Weber bringt vor, im Immobilienteil der Schwäbischen Zeitung stehe ein Bauplatz Jordanbergweg 8 zur Veräußerung. Er sei davon ausgegangen, dass man in Hagenbuch die Bauplätze für Hagenbacher erschließe und nicht, damit die Plätze verkauft werden könnten. Er sei daher über das Immobilienangebot erschrocken.

BM Ogertschnig hält entgegen, eine Privatperson veräußere einen Bauplatz, was legitim sei.

Gemeinderat, 26.03.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig